

**CDU-Initiativen
für die Plenarsitzungen
am 18. und 19. September 2019**

- 1. Aktuelle Debatten**
- 2. Gesetzentwurf:
„Änderung des Landesnaturschutzgesetzes“**
- 3. Antrag:
„Staus vermeiden – 24-Stunden Baustellen nutzen“**
- 4. Antrag:
„Koblenz und Landau brauchen dringend verlässliche Perspektiven – Klarheit schaffen mit Machbarkeitsstudien für die Universitäten in Koblenz und Landau“**
- 5. Gesetzentwurf:
„Regulierungsmethode des Unterrichtsausfalls“**

1. Aktuelle Debatten

- „Sicherheit gewährleisten – Feuerwehren stärken“
- „Wirtschaft, Mobilität und Klimaschutz in Einklang bringen“

2. Gesetzentwurf:

„Änderung des Landesnaturschutzgesetzes“

Der Wald, die grüne Lunge

Der Wald hat vielfältige **wichtige Funktionen**: Er ist **Lebens- und Erholungsraum**, liefert **Rohstoffe**, schafft **Arbeitsplätze** und hat nicht zuletzt **unverzichtbare Schutzfunktionen** – vom **Boden- und Wasserschutz** bis hin zum **Klima- und Immissionsschutz** und als **Sauerstofflieferant**. Der Wald ist unsere **grüne Lunge**. Zu Recht gibt es deshalb auch massive Proteste gegen die Brandrodungen im süd-amerikanischen Regenwald.

Probleme vor der eigenen Haustür

Aber nicht nur auf der anderen Seite des Atlantiks steht der Wald unter Druck. Das zeigt der Blick vor die eigene Haustür. Rheinland-Pfalz hat das Glück mit rd. 42 Prozent Waldanteil **eines der walddreichsten Bundesländer** zu sein. Das bedeutet aber auch **besondere Verantwortung und Herausforderungen**. Denn nach zwei sehr trockenen Sommern in Folge **leidet der Wald**. Ganze **Flurstücke sterben ab**. Hitze, Trockenheit und Schädlinge machen dem Wald zu schaffen. Wichtig ist es deshalb, **nachzupflanzen und klimafeste standortgerechte Wälder aufzubauen**.

Wiederaufforstungspflicht von Rot-Grün gestrichen

Kaum zu glauben: Auf Betreiben der grünen Umweltministerin Höfken wurde 2015 die **Pflicht zur Wiederaufforstung weggefallener Waldflächen aus dem Gesetz gestrichen**. Bis dahin musste, wer Straßen oder Windräder im Wald bauen wollte, eins zu eins für Ersatzaufforstungen sorgen. Das muss auch künftig wieder so sein. Angesichts der Bedeutung des Waldes und seiner Probleme wollen wir, dass **Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** für Eingriffe durch Rodung im Wald wieder **vorrangig durch Neuanlage von Wald** erfolgen. Dem dient unser Gesetzentwurf.

3. Antrag:

„Staus vermeiden – 24-Stunden Baustellen nutzen“

Baustellen nervig aber unverzichtbar

Wer kennt das nicht! Sei es die **Urlaubsfahrt**, der **Kurztrip zu Freunden**, die **Fahrt zum Einkauf** oder eben **zur Arbeit**. Und dann die **Baustelle**. Der Verkehr kriecht oder steht. Die Kinder fragen zum x-ten Male, „wann sind wir denn da“, die Steaks auf dem Grill der Freunde werden trocken und der Chef wartet. Ja, **Baustellen sind nervig, kosten viel Zeit, steigern das Unfallrisiko; sind aber eben auch unverzichtbar, um das Straßennetz in einem leistungsfähigen Zustand zu erhalten**. Die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger sind darauf angewiesen.

Belastungen durch Baustellen minimieren

Ziel muss deshalb sein, die Belastung durch Baustellen zu minimieren. Ein Mittel dazu können sogenannte **24-Stunden-Baustellen** sein. Andere Bundesländer wie z.B. Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen machen das vor. Das führt zu **verkürzten Bauzeiten** und **schnellerer Wiedereröffnung** der Straße, **verbessert die Verkehrssituation, senkt das Unfallrisiko** und **vermeidet** Mensch und Umwelt belastende **Umgehungsverkehre**. Das geht sicherlich nicht bei jeder Baustelle, kann aber bei richtiger Planung und Schwerpunktsetzung entlasten.

Auftrag für die Landesregierung

Wir wollen, dass die Landesregierung:

- die **Möglichkeit im 24-Stunden-Takt zu bauen** bei Infrastrukturmaßnahmen mit einer hohen Priorität **grundsätzlich prüft**,
- die **Anzahl an 24-Stunden-Baustellen schrittweise erhöht**, damit sich die Bauwirtschaft darauf einstellen kann,
- 24-Stunden-Baustellen **nicht in Wohngebieten oder anderen Bereichen mit erhöhtem Bedarf an nächtlichem Lärmschutz** durchführt.

4. Antrag:

„Koblenz und Landau brauchen dringend verlässliche Perspektiven – Klarheit schaffen mit Machbarkeitsstudien für die Universitäten in Koblenz und Landau“

Hochschulen sind unverzichtbar für Fortschritt und Innovation

Die Arbeit der Hochschulen ist ein unverzichtbarer Motor für **Fortschritt und Innovation**. Das können sie aber nur leisten, wenn sie strukturell an die Erfordernisse einer modernen Hochschullandschaft angepasst sind. **Optimierungsprozesse** sind deshalb **notwendig**. **Sie müssen allerdings durchdacht und planvoll sein**. Beim aktuellen Neustrukturierungsvorhaben der Landesregierung dominiert der Eindruck, dass der **Wissenschaftsminister von seiner eigenen Fusions- bzw. Trennungsentscheidung überrascht** wurde.

Landesregierung konzeptlos

Bislang hat die Landesregierung lediglich einen Stein ins Wasser geworfen und wartet nun ab, was die Wellen bringen. Das reicht nicht aus. **Ein Konzept liegt noch nicht einmal ansatzweise vor**. Sie hat offensichtlich keine Idee, wie die beiden Standorte unabhängig voneinander erfolgreich weiter entwickelt werden sollen. **Mangelhafte Kommunikation, fehlende Prozesssteuerung, ungenügende Ziel-formulierung** und **nicht vorhandene Finanzplanung** haben bei den Betroffenen vor Ort zu einem hohen Maß an **Verunsicherung**, Orientierungslosigkeit und wachsendem Misstrauen geführt.

Machbarkeitsstudie unverzichtbar

Eine Neustrukturierung ist nur sinnvoll, wenn sie **unter dem Strich einen Gewinn für die Standorte bringt**. Unverzichtbar ist deshalb eine **Machbarkeitsstudie**. Das ist das Ziel unseres Antrags. Wir wollen, dass die Landesregierung **für jeden der beiden Universitätsstandorte Koblenz und Landau je eine spezifische Machbarkeitsstudie** in Auftrag gibt. Hierbei wären insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- **Wie** sollen sich die beiden neuen Universitäten zukünftig **in die rheinland-pfälzische Hochschullandschaft einfügen?**

- **Welche wissenschaftlichen Profile** sollen und können ausgehend von den Gegebenheiten der beiden Standorte herausgebildet werden?
- **Welche Auswirkungen** hat die Verselbständigung der beiden Standorte auf die Studierenden und die Lehrenden?
- **Welche möglichen Synergieeffekte** sind an beiden Standorten durch die Verselbständigung zu aktivieren?
- **Welche Haushaltsmittel** sind in welchem Zeitrahmen notwendig, um an beiden Standorten den Weg in die Selbständigkeit erfolgreich zu gestalten?
- Welche Überlegungen hat die Landesregierung bzgl. des **Abbaus des bestehenden Sanierungsbedarfs** bzw. der gebäudlichen Situation an den Standorten?
- Bis wann kann ein **Masterplan** vorliegen, der u.a. Auskunft darüber gibt, bis zu welchem Zeitpunkt welche Maßnahme umgesetzt sein sollte, um den Weg der Verselbständigung erfolgreich zu Ende zu gehen.

5. Große Anfrage

„Regulierungsmethode des Unterrichtsausfalls“

Unterrichtsausfall Dauerthema

Grundlage für Bildungserfolg ist natürlich, dass der in den Lehrplänen vorgesehene **Unterricht auch tatsächlich erteilt** wird. In der Praxis gibt es allerdings seit vielen Jahren schon eine **erhebliche Diskrepanz** zwischen den **Schilderungen unzähliger Eltern über wiederkehrenden Unterrichtsausfall** und den **gegen teiligen Beteuerungen der Landesregierung**.

Unterrichtsausfall wird verschleiert

Tatsächlich wird der **Unterrichtsausfall in Rheinland-Pfalz verschleiert**. Das belegt nun auch die Antwort der Landesregierung auf eine **Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion**. Das entscheidende Stichwort lautet hier **„nicht planmäßig erteilter Unterricht“**. De facto bedeutet dies, dass die Kinder bei ausfallendem Un-

terrichtet nicht nach Hause geschickt, sondern mit Notlösungen betreut werden. Dieser nicht reguläre und nicht fachliche „Unterricht“ fließt natürlich nicht in die Ausfallstatistik ein.

Daten aus der Großen Anfrage

Im Schnitt werden an rheinland-pfälzischen Schulen rund **7,2 Prozent der Unterrichtsstunden nicht planmäßig** erteilt. Die Werte unterscheiden sich dabei von Schulform zu Schulform, an Förderschulen liegt der Wert bei 10,2 Prozent. Diese Werte halten wir per se für viel zu hoch.

Unsere Große Anfrage zeigt nun, dass der Großteil der nicht planmäßig erteilten Unterrichtsstunden mit für den Lernerfolg der Schüler **zweifelhaften Methoden** aufgefangen wird. Mehr als die Hälfte (54,6 Prozent) des ausfallenden Unterrichts wird durch Formen der „**Umorganisation**“ reguliert. Hier werden beispielsweise **Klassen zusammengelegt**, die Größe der Lerngruppen verdoppelt sich so. An Grundschulen liegt dieser Wert gar bei 71,1 Prozent, an Förderschulen bei 88,0 Prozent.

Die Regulierung durch „**Selbstbestimmtes Lernen**“ liegt bei 13,4 Prozent, an Gymnasien gar bei 33,4 Prozent. Bei dieser Regulierungsform bleiben die Schülerinnen und Schüler **ohne Lehrkraft** im Klassenzimmer